Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., zuzüglich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.96 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. bei Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281 und 12787. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile [illegible] Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen [illegible] Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefinlieferl. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 139 | Dresden, Donnerstag, den 18. Juni 1931 | 42. Jahrgang

Schweres Straßenbahnunglück in Zitzschewig

19 Verletzte, darunter vier schwer

Heute vormittag gegen 7¾ Uhr ereignete sich in Zitzschewig ein schweres Straßenbahnunglück, bei dem 19 Personen verletzt wurden, davon 4 schwer. Es mußten dem Krankenhaus zugeführt werden: Steingutbrenner Alfred Reichler, Leipziger Straße 254 (Diakonissenhaus); Pflegerin Lisbeth Fischer, Großenhainer Straße (Meißner Krankenhaus); Walter Brückner, Uhlandstraße 36 (Diakonissenhaus); Straßenbahnführer Joseph Haase, Oschatzer Straße 23 (Diakonissenhaus). Ein Teil der übrigen Verletzten wurde mit dem Krankenwagen in die Wohnungen gebracht.

•

Das Straßenbahnunglück ist wohl das schwerste, was bisher im Betriebe der Dresdner Straßenbahn zu verzeichnen gewesen ist. Es ereignete sich in Zitzschewig zwischen der Gerhart-Hauptmann-Straße und dem Dammweg, dort wo die Straßenbahn eingleisig durch freies Gelände führt. Ein großer Eilwagen fuhr in der Richtung Coswig, hatte die Leipziger Straße bereits verlassen und befand sich in einer leichten Gleiskrümmung auf der Einfahrt nach Zitzschewig. Ein Tourenwagen kam von Coswig und hatte die Haltestelle Zitzschewig verlassen und war über die Weiche auf die eingleisig betriebene Strecke gefahren. Etwa 75 bis 100 Meter nach der Weiche stieß er mit dem entgegenkommenden Eilwagen zusammen.

Die beiden Wagen keilten sich vollkommen fest ineinander.

Beide Vorderplattformen wurden vollständig eingedrückt. Der von Coswig kommende Tourenwagen wurde von dem Eilwagen ein ganzes Stück zurückgeschoben und aus den Gleisen gehoben. Beide Führer geben an, daß die Fahrtstrecke durch grünes Licht freigewesen sei.

An der Unglücksstelle beträgt die freie Sicht für jede Richtung auf dem Gleiskörper etwa 100 Meter.

Der Zusammenstoß soll auf Versagen der Signalvorrichtung zurückzuführen sein.

Ein Fahrgast sprang im letzten Augenblick von einer Vorderplattform ab und blieb verletzt neben dem Gleiskörper liegen. Der schwerverletzte Walter Brückner war auf der Vorderplattform eingeklemmt und mußte durch das Straßenbahnpersonal befreit werden.

Verheerend waren die Wirkungen im Innern der beiden Straßenbahnwagen,

von denen der von Coswig kommende am stärksten besetzt war. Die Menschen wurden nach allen Richtungen durcheinander geworfen. Im Eilwagen war der Anprall der Fahrgäste gegen die Sitze so heftig, daß einzelne Sitze zerbrachen.

Die erste Hilfe wurde von Ortseinwohnern geleistet. Mehrere junge Burschen zogen und trugen die mehr oder minder Schwerverletzten aus dem beschädigten Wagen. Inzwischen war die Ortsfeuerwehr und der vollbesetzte Pionierzug der Dresdner Feuerwehr an der Unglücksstelle eingetroffen. Viele der Leichtverletzten hatten Schrammen und blutende Wunden davongetragen, zum Teil schwere Nervenschocks erlitten, so daß auch von ihnen viele mit dem Krankenwagen in die Wohnungen gebracht werden mußten.

Eigenartigerweise wurde der Führer des sehr schwer beschädigten Eilwagens nur leicht am Kopf und an den Füßen verletzt. Die Feuerwehr mußte den Coswiger Tourenwagen hochwinden und in die Gleise heben. Dann wurden an die beschädigten Wagen von jeder Seite herbeigeholte Triebwagen angekuppelt und die ineinandergekeilten Unglückswagen mit Gewalt auseinandergerissen. Beide Wagen mußten nach Mickten bzw. Coswig ins Depot abgeschleppt werden.

Die Unfallkommission untersuchte eingehend die Richtsignalanlage und konnte mehrere Stunden nach dem Unglück noch keine einwandfreie Erklärung für das Zustandekommen des Unglücks finden.

Der Fahrbetrieb wird durch Flaggensignale auf der Strecke aufrechterhalten. Nach den Angaben der Fahrgäste und dem Fahrpersonal, von dem auch fünf Personen leicht verletzt wurden, wird angegeben, daß beide Wagen sich in mäßiger Fahrt befanden. Der von Coswig kommende Tourenwagen [illegible] leicht [illegible].

Und im Herbst?

Die SPD. am Scheidewege

In einem Teil der Presse, die der Regierung Brüning nahesteht, wird der Verzicht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf sofortige Einberufung des Hauptausschusses ein Sieg der politischen Vernunft genannt. Wir haben mehrfach betont, daß die Sozialdemokratie in schweren Zeiten Deutschlands sehr viel von jener Einsicht bewiesen hat, die man politische Vernunft nennen kann, aber wenn Deutschland vor dem Chaos gerettet werden soll, ist es notwendig, daß die politische Vernunft endlich bei den bürgerlichen Parteien einzieht und daß Brüning von dieser Vernunft etwas mehr Gebrauch macht. Was er der Sozialdemokratie zur Milderung der Notverordnung zugestand, ist wenig, ist nicht mehr als ein bescheidener Achtungserfolg der SPD. Für die der Arbeitslosenunterstützung beraubten Jugendlichen soll ein Ersatz geschaffen werden, außerdem sollen sehr bald Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung eingeleitet werden, Verhandlungen, die Herr Brüning noch am Montag ablehnte. Um dieser Versprechungen willen verzichtete die Sozialdemokratie auf die Einberufung des Hauptausschusses und half so eine Regierungskrise zu vertagen, die unmittelbare schwere Folgen auch für die Arbeitermassen nach sich gezogen hätte. Denn wäre am Mittwoch das Kabinett Brüning gestürzt, so hätte das nicht nur freie Bahn für eine reaktionäre Diktaturregierung bedeutet, sondern wahrscheinlich den finanziellen Zusammenbruch. Ueber die katastrophale wirtschaftliche und finanzielle Lage, in der sich das Reich in diesen Tagen befand, schreibt der Vorwärts:

> Man macht sich keiner Uebertreibung schuldig mit der Feststellung, daß Deutschland sich gestern am Rande einer Wirtschaftskatastrophe befand und daß die Lage auch jetzt noch in sehr hohem Maße kritisch bleibt. Die Reichsbank mußte gestern und vorgestern erneut für 180 Millionen Mark Devisen beschaffen. So stark blieben während dieser Tage trotz der Diskonterhöhung die ausländischen Kreditkündigungen. Rund 1 Milliarde Mark Devisen hat die Reichsbank seit dem 1. Juni verloren. Die Reichsbank steht nahe an der Grenze, wo sie keine Kredite, auch nicht zur Devisenbeschaffung, mehr gewähren darf, denn die gesetzliche Mindestdeckung des Notenumlaufs ist durch die Devisen- und Goldverluste nahezu erreicht. Daraus wäre zwar auch jetzt noch keine Gefahr für die Währung entstanden, aber die Reichsbank hätte sehr bald zu der sogenannten Kreditrestriktion schreiten müssen, die wahrscheinlich die Banken in alleräußerste Verlegenheiten gebracht, mit Sicherheit aber gerade die noch arbeitenden Unternehmungen vielfach zur Stillegung und zu massenhaften Arbeiterentlassungen gezwungen hätte. Diese Gefahren sind keineswegs schon voll beschworen, aber die gestern erfolgte Lösung der politischen Krise kann der entscheidende Anfang zur Wiederherstellung des ausländischen Vertrauens und damit zur Abwendung der Katastrophengefahren sein.
>
> Das war aber noch nicht alles. Das Reich selbst stand bei Fortdauer der politischen Krise und der ausländischen Kreditkündigungen, nachdem Reichsbank und Banken fast ausgepumpt waren, vor der Tatsache, am 19. nicht die Gelder für die vollen Länderüberweisungen und am 25. nicht die Gelder für die vollen Gehaltszahlungen zu erhalten. Bei zahlreichen Städten und Gemeinden mußte die drohende absolute Kreditnot und unübersehbare Geldteuerung zur Zahlungseinstellung für die Wohlfahrtserwerbslosen führen.

Auch diejenigen in unseren Reihen also, die sozialdemokratischer Tolerierungspolitik seit je kritisch oder ablehnend gegenüberstanden, werden zugeben müssen, daß unsere Fraktion für ihren Beschluß vom Dienstag gewichtige, sehr gewichtige Gründe geltend machen kann, und daß sie glauben dürfte, durch die Verständigung mit Brüning dem arbeitenden Volk einen besseren Dienst zu leisten, als mit dem Sturz des Kabinetts. Eine andere Frage ist jedoch, ob mit solchen Mitteln, mit der Politik, wie sie Brüning vertritt, der Reichsetat und die deutschen Finanzen überhaupt ins Gleichgewicht zu bringen sind. Wir taumelten in den letzten Jahren von Defizit zu Defizit. Die Schuldenlast ist lawinenartig angeschwollen, die Notverordnung führt aus dieser Notlage nur für kurze Zeit heraus. Trotz ihrem unsozialen Charakter, trotz der ungeheuren Massenbelastungen, die sie mit sich bringt, bleiben rund 900 Millionen Mark Fehlbeträge ungedeckt. Das Reich steht spätestens im Herbst vor demselben Dilemma. Was wird Brüning dann tun?

•

In der sozialdemokratischen Presse sind mehrfach Vorschläge zur Sanierung der Reichsfinanzen, zur Hebung der Wirtschaft gemacht worden. Diese Vorschläge fordern ernsthaftere Belastungen des Besitzes, als sie ein Kabinett Brüning vorzunehmen und die bürgerlichen Parteien zu dulden gewillt sind. Vor allem lassen die bürgerlichen Parteien allen Sinn für jenes Psychologische vermissen, auf das es in dieser Situation ankommt. Wir haben noch immer ein Heer von Direktoren und Generaldirektoren, die jährlich pro Kopf mehrere hunderttausend Mark Gehalt beziehen. Die Großpensionäre lasten auf den Taschen des Reiches, ehemalige Prinzen beziehen trotz ihrer Familienvermögen hohe Militärpensionen — und nichts geschieht. Bis vor kurzer Zeit wurden an 1856 Minister und Generäle Pensionen und Wartegelder von zusammen jähr-

Goebbels' Blatt vor dem Bankrott

„Angriff" kann keine Gehälter zahlen

D. Der Verlag des Berliner Naziblattes ist von zahlreichen Angestellten, die während der Stennes-Revolte fristlos entlassen wurden, und mehreren Schriftstellern, deren Manuskripte während des Krachs in der Hedemannstraße verschwunden sind, auf Schadenersatz verklagt worden. Einer der Termine, der am Mittwoch vor dem Berliner Arbeitsgericht stattfand, enthüllte ein überaus trauriges Bild der finanziellen Lage des Naziorgans.

Der Kläger fordert von dem Verlag des Angriffs mehrere tausend Mark für einen dem Naziblatt zur Verfügung gestellten und nur in einem Exemplar vorhandenen, während der Stennes-Revolte spurlos verschwundenen Roman. Der Vertreter des Angriffs bot im Verlauf der Verhandlungen einen Betrag von 800 M. an. Er begründete das damit, daß sein Verlag nicht in der Lage sei, eine erhebliche Summe zu zahlen. Die Finanzlage des Angriffs sei außerordentlich schlecht; wahrscheinlich könnten Ultimo nicht einmal die Gehälter und Löhne gezahlt werden.

Ein Ergebnis hatten die Verhandlungen nicht, weil der Vertreter des Angriffs von seinem Verlag nicht mit genügend Vollmachten ausgestattet war. Der verantwortliche Geschäftsführer war nicht erschienen. Wie sein Vertreter erklärte, ist er am Mittwoch zu Hitler nach München gefahren, um im Braunen Haus über die katastrophale Finanzlage des Berliner Naziorgans Bericht zu erstatten.

Ein feiner Landtagspräsident

D. Braunschweig, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die letzten Sitzungen des braunschweigischen Landtags sind durch einen wahren Höllenspektakel der Nationalsozialisten [illegible] worden. An diesem Spektakel beteiligte sich auch der [illegible] Präsident, der Nationalsozialist Zörner. Er griff als Präsident [illegible] in die Debatte ein, beschimpfte die Redner der Linken und [illegible] die Abgeordneten, die sich gegen seine [illegible] durch [illegible] wehrten, von der Sitzung aus.

Als der [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] riefen die Nationalsozialisten [illegible] [illegible]. Der Präsident [illegible] „[illegible] daß Sie mit [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] worden ist."

Der sozialdemokratische Abgeordnete [illegible] [illegible] des Präsidenten sofort [illegible] [illegible] von der Sitzung ausgeschlossen. [illegible]

[illegible]

D. [illegible], 18. Juni. (Eig. Funkspruch.)

[illegible]